21. 1. Bedarf es auch zur Bildung der Ferienkammern oder Ferienenate einer Anordnung des Präsidiums?
 2. Ist eine Ferienkammer, die nicht auf einer Anordnung des Präsidiums beruht, als ein nicht vorschriftsmäßig besetztes Gericht im Sinne des § 377 Nr. 1 St. P. O. anzusehen?
 G. B. G. § 203.

IV. Straffenat. Urt. v. 22. Januar 1904 g. Ch. u. Gen. Rep. 6217/03.

I. Landgericht Beuthen.

Aus den Gründen:

Erfolg muß den Revisionen der Angeklagten . . . zuteil werden, insofern gerügt ist, daß die Ferienstrafkammer, welche das angefochtene Urteil erlassen hat, nicht durch das Präsidium des Landgerichts B., sondern lediglich durch Verfügung des Landgerichtspräsidenten in B. gebildet, und daher das erkennende Gericht nicht vorschriftsmäßig besetzt gewesen sei.

Die zu den Akten gebrachte Abschrift der Ferienordnung für 1893 und die darauf Bezug nehmende Erklärung des Landgerichtspräsidenten zu B. vom 19. November 1903 lassen keinen Zweifel darüber, daß die Einrichtung der vorstehend in Frage kommenden Ferienstrafkammer lediglich auf der Anordnung des Landgerichtspräsidenten beruht.

Der von einigen Schriftstellern vertretenen Auffassung, daß zur Bildung der Ferienkammern und Senate eine Anordnung des Präsidiums nicht erforderlich sei, vermag sich der Senat nicht anzuschließen.

Wie die Entstehungsgeschichte des Gerichtsverfassungsgesetzes ergibt, beruht der § 203 a. a. D. auf einem, infolge des Antrages eines Abgeordneten, gefaßten Beschlusse der zur Vorberatung des Entwurfes eines Gerichtsverfassungsgesetzes eingesetzten Kommission;

Sahn, Materialien zum Gerichtsverfassungsgesetz Bd. 1 S. 370; auch enthielt der Regierungsentwurf eines Gerichtsverfassungsgesetzes Bestimmungen über den Vorsitz, die Bildung der Kammern und Senate sowie die Verteilung der Geschäfte, wie sie in Gestalt der §§ 61 flg. G. B. G.'s demnächst Gesetz geworden sind, noch nicht. Diese verdanken ihre Entstehung vielmehr ebenfalls Beschlüssen der

vorgedachten Kommission, welche zeitlich hinter dem erwähnten Beschlusse liegen, auf dem der § 203 a. a. D. beruht.

Vgl. Hahn, Materialien zum Gerichtsverfassungsgesetze Bd. 1 S. 569. 570. 697.

Bei Fassung dieser Beschlüsse war demnach bekannt und war darauf Rücksicht zu nehmen, daß außer den ordentlichen Kammern und Senaten auch Ferienkammern und Ferienenate gebildet werden konnten.

Daraus und mit Rücksicht darauf, daß eine entgegengesetzte Ansicht von keiner Seite ausgesprochen ist, muß gefolgert werden, daß die Beschlüsse der Kommission, welche sich auf die Bildung der Kammern und Senate bezogen, sämtliche nach Maßgabe des, durch Aufnehmen des späteren § 203 a. a. D. ergänzten Entwurfes zu bildenden Kammern und Senate, somit auch die gemäß § 203 zu errichtenden, im Auge und zum Gegenstande hatten, daß davon ausgegangen ist, daß auf die Bildung sämtlicher Kammern und Senate dieselben Grundsätze anzuwenden sein sollten.

Dieser, aus den mitgetheilten Umständen zu folgernde, gesetzgeberische Wille hat dann aber auch durch den Abs. 2 des § 62 G. V. G.'s, der die im Laufe eines Geschäftsjahres zu treffenden Anordnungen zum Gegenstande hat, einen deutlich erkennbaren Ausdruck gefunden.

Auch bei der, während der Gerichtsferien erfahrungsmäßig in größerem Umfange erfolgenden, Beurlaubung von Gerichtsmitgliedern handelt es sich um deren dauernde Verhinderung im Sinne des Abs. 2 des § 62 a. a. D., welche anderweite Anordnungen erheischt, und es ergibt sich daraus, daß die, infolge dieses Umstandes gebotene, anderweite Bildung und Besetzung der für die Dauer der Ferien zu errichtenden Kammern und Senate ebenfalls gemäß § 63 a. a. D. durch Beschluß des Präsidiums zu erfolgen hat.

Weiterhin folgt aber auch aus der Entstehungsgeschichte des Gerichtsverfassungsgesetzes,

Entsch. des R. G.'s in Straff. Bd. 23 S. 166, mit Notwendigkeit, daß die Bestimmungen der §§ 61 flg. G. V. G.'s, insbesondere die, dem Präsidium die Entscheidung über die Bildung und Besetzung der Kammern und Senate übertragende, Vorschrift des § 63 a. a. D. nicht nur die Bedeutung von Ordnungsvorschriften haben, welche lediglich innere Angelegenheiten der Gerichte regeln.

Es handelt sich bei den mehrerwähnten Vorschriften vielmehr um solche, deren Befolgung als unbedingt wesentlich für den rechtlichen Bestand der, in Gemäßheit des Gerichtsverfassungsgesetzes von den Gerichten auszuübenden, richterlichen Tätigkeit gewollt ist. Man wollte eine tendenziöse Einwirkung der Landesjustizverwaltung auf die Bildung und Besetzung der Kammern und Senate, sowohl in Einzelfällen wie auch im allgemeinen, ausschließen und schuf in Gestalt des Präsidiums ein, von den Landesjustizverwaltungen unabhängiges, Organ, um durch Übertragung der die Kammern- und Senatsbildungen begründenden Anordnungen auf dieses Organ Gewähr für eine, von äußeren Einwirkungen nicht zu beeinflussende, unabhängige Rechtsprechung zu haben.

Vgl. Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 20 S. 385, Bd. 23 S. 166.

Die Vorschrift des § 63 a. a. D. ist daher ein Teil der Rechtsordnung. Jeder Angeklagte hat ein Recht darauf, nur von einem Gericht abgeurteilt zu werden, bei dessen Bildung diese Vorschrift befolgt ist.

Vorliegendensfalls kann daher die, lediglich auf einer Anordnung des Landgerichtspräsidenten beruhende, Ferienstrafkammer, die als erstinstanzliches Gericht geurteilt hat, nicht als ein vorschriftsmäßig besetztes Gericht im Sinne des § 377 Nr. 1 St.P.D. angesehen werden und mußte dies bezüglich derjenigen Beschwerdeführer, die diesen Mangel zum Gegenstande einer Beschwerde gemacht haben, kraft des ersten Satzes des § 377 a. a. D. zur Aufhebung des angefochtenen Urteils führen.